Hilfswerk: Islamisten in Mali fordern Schutzgeld von Christen

4. November 2024



Im westafrikanischen Mali beschränken einem Bericht zufolge Islamisten das christliche Leben stark. Demnach verlangen sie eine sogenannte Schutzsteuer. Das ist aber noch nicht alles.

München (KNA) Christen im westafrikanischen Mali müssen einem Hilfswerk zufolge eine sogenannte Schutzsteuer an Islamisten zahlen. Betroffen sei die Region Mopti, teilte die katholische Organisation „Kirche in Not“ am Donnerstag in München mit. Sie berief sich auf Gesprächspartner von vor Ort, die aus Sicherheitsgründen anonym bleiben müssten. Demnach verlangen Islamisten im Ort Douna-Pen nahe der Grenze zu Burkina Faso von jedem christlichen Erwachsenen umgerechnet rund 40 Euro. Die Zahlung sei Voraussetzung für eine freie Religionsausübung. Zuvor habe es in der Ortschaft Dougoutene ähnliche Forderungen gegeben.

In Douna-Pen leben die meisten Christen in der Region, wie es hieß. Islamisten hatten der Mitteilung zufolge vor der Steuereintreibung gefordert, die katholische und evangelische Kirche im Ort zu schließen. Gottesdienste dürften stattfinden, allerdings sei es verboten,

Musikinstrumente zur Begleitung von Gesang zu verwenden. Die Bewohner fürchteten nun, dass das Agieren der Extremisten auf weitere Orte
übergreifen könnte.

© KNA

Bild: OpenClipart-Vectors auf Pixabay

Stand: 16. November 2026